

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der Bezugspreis ist mit Posten jeden Monats bekannt gegeben. Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse des Vaterlandes) ist die Zeitung, b. Dienstleistungen od. b. Geschäftsbesorgung (Einkaufsverkehr) bei der Post keine Anwartschaft auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Diese Zeitung veröffentlicht die des Gemeinderates amtlichen Bekanntmachungen zu Ottendorf-Okrilla.

Mit den Beilagen „Neue Illustrierte“, „Mode und Heim“ und „Der Kolbold“.

Schriftleitung, Druck und Verlag Hermann Rühle, Ottendorf-Okrilla.

Wichtiges werden an den Geschäftsstellen der Zeitung zu erfragen. Die Postämter der Kreise sind verpflichtet, die Zeitung zu liefern. Jeder Abnehmer ist verpflichtet, die Zeitung zu bezahlen. Die Zeitung wird nicht geliefert, wenn der Abnehmer nicht bezahlt hat. Die Zeitung wird nicht geliefert, wenn der Abnehmer nicht bezahlt hat.

Nummer 11

Sonntag den 25. Januar 1931

30. Jahrgang

Amflicher Teil.

Bestreuen der Fußwege.

Nach § 5 der verkehrspolizeilichen Bestimmungen sind die Grundstückseigentümer bez. Verwalter verpflichtet, die Fußwege bei Glätte längs der Straßenfront ihres Grundstückes mit Sand so oft zu bestreuen, daß sie sicher gangbar bleiben. Das Streuen ist baldmöglichst nach Eintritt der Notwendigkeit vorzunehmen.

Zuwiderhandlungen werden bestraft, außerdem legen sich Zuwiderhandlende bei Unfällen Haftpflichtansprüchen aus.

Ottendorf-Okrilla, am 24. Januar 1931.

Der Gemeinderat.

Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1931.

Die Steuererklärungen für die Gewerbesteuer sind in der Zeit vom

1. Februar 1931 bis 16. Februar 1931

unter Benutzung der vorgefertigten Vordrucke abzugeben. Letztere können von der unterzeichneten Behörde bezogen werden.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verläßt, kann durch Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. der festgesetzten Steuer auferlegt werden.

Ottendorf-Okrilla, am 22. Januar 1931.

Die Gemeindebehörde.

Derliches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, am 24. Januar 1931.

Troy der schweren Zeit hatte am Montag, den 19. Januar der hiesige Gewerbeverein seine Mitglieder zum 19. Stiftungsfest im herrlich dekorierten Saale des Gasthofs zum Hirsch zusammengerufen. Ein gelungenes Konzert der Sächsischen Kapelle eröffnete den ersten Teil des Vergnügens. Dem Vorsitzenden, Herrn Dentist König gelang es, mit markigen Worten bald die Herzen aller Anwesenden zu gewinnen und die Mitglieder von einer Feierstunde inmitten erusten Schöpfens zu überzeugen. Ihm schloß sich ein unfideles Theaterstück an, dem wohl die glänzende Stimmung bis zum letzten Tanz zu verdanken war.

Dresden. Aus Sachsen ausgewiesen. Durch Verfügung des Dresdner Polizeipräsidenten ist am Freitag der aus Holland stammende Operettensänger Willi Thumis, der im vorigen Jahre in Dresdner Theatern verschiedene Monate lang mit großem Erfolg die Titelpartien verschiedener Operetten sang, wegen deutschfeindlichen Verhaltens als lästiger Ausländer aus Sachsen verwiesen worden, nachdem vor einigen Monaten aus dem gleichen Grunde seine Frau die Ausweisung erhalten hatte. Thumis hatte die deutsche Bevölkerung öfter als „deutsche Schweine“ bezeichnet.

Dina. Teilstilllegung bei den Rüttnerwerken. Die Kunstseidenpinnerer Rüttner hat ihren Antrag auf vollständige Stilllegung, wie bereits bekannt, zurückgezogen. Es wird nur das Werk Nr. 3 stillgelegt werden. Aus den übrigen drei weiterarbeitenden Werken kommen allerdings 100 Mann zur Entlassung, wozu noch die Belegschaft des Werkes Nr. 3 mit 300 Arbeitern kommt, also insgesamt 400 Arbeiter ihr Brot verlieren.

Chemnitz. Selbstmord. Der hier im Ruhestand lebende Oberschulrat Hugo Stolze, der früher auch im kommunalpolitischen Leben eine führende Rolle spielte und weit über die Grenzen unserer Stadt bekannt war, hat in Abwesenheit seiner Ehefrau, wahrscheinlich infolge längerer Kränklichkeit, durch Gassergiftung seinem Leben ein Ende gemacht.

Chemnitz. Die Schwierigkeiten der I.B. Zu den Meldungen, daß über das Vermögen der Freien Turnervereinigung Chemnitz zur Anwendung des Konkurses ein Vergleichsverfahren eingeleitet worden sei, teilt der Vorsitzende der Vereinigung mit, daß diese lediglich ein Moratorium anstrebe und daß den Verpflichtungen von mehr als 300 000 RM Aktiven in Höhe von 718 000 RM gegenüberständen, die in der Hauptsache aus Liegenschaften bestehen.

Plauen. Donnerstagsfrüh erschloß der 58 Jahre alte Privatier Gostwin Feußel seine 49 Jahre alte Ehefrau mit einem Jagdgewehr und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Er trug eine schwere Schußverletzung an der linken Gehirnhälfte davon und liegt in sehr bedenklichem Zustand darnieder. Volliger Nervenzusammenbruch dürfte den Anlaß zur Tat gegeben haben. Möglicherweise spielen auch Auseinandersetzungen in der Familie eine Rolle.

Sachsen braucht Arbeit

Notkundgebung der sächsischen Industrie

Chemnitz. Unter dem Leitwort „Sachsen braucht Arbeit“ fand am Freitag im Kaufmännischen Vereinshaus eine außerordentliche Hauptversammlung des Verbandes Sächsischer Industrieller statt, deren besondere Bedeutung durch die Teilnahme des Reichsanstalters Dr. Brüning gekennzeichnet war.

Die als Notkundgebung organisierte Tagung wurde vom Verbandsvorsitzenden, Direktor Wittke, eröffnet, der zunächst die Verammlungssteilnehmer, unter denen sich Vertreter der Reichs- und Staatsregierung sowie der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft befanden, begrüßte. Im Verlaufe seiner Ausführungen richtete er an die öffentlichen und privaten Faktoren im Reich die Aufforderung, der besonders gefährdeten sächsischen Wirtschaft tatkräftig zur Beschäftigung zu verhelfen. Es sei klar und durch den Vergleich der Arbeitslosenquoten in Sachsen belegt, daß in einem so besonders auf Industrie und Ausfuhr angewiesenen Lande die Krise des Staates und der Wirtschaft sich viel schlimmer auf das Leben des Volkes auswirke als in Industriegebieten mit einer verhältnismäßig elastischen, breiten und von Urproduktion durchsetzten Wirtschaftsgrundlage.

Ministerpräsident Schied

wies nach einleitenden Begrüßungsworten darauf hin, daß es sich bei der Kundgebung nicht um die Klagen eines einzelnen Berufsstandes, sondern um den Notruf eines Volkes handle, so keine Leiden bisher mit bewundernswürdiger Geduld ertragen habe. Aus der schweren Bedrängnis des ganzen Vaterlandes und aller deutschen Gauen habe sich in Sachsen ein Notstand besonderer Art entwickelt, der hier früher und härter aufträte als im übrigen Reich. Dabei ist Sachsen auch, so betonte der Ministerpräsident mit allem Nachdruck, eine Grenzmark. Wir glauben darum auch, alle mögliche Rücksicht und Hilfe für uns eröffenen zu dürfen. Doppelt peinvoll ist es dabei für den an verantwortlicher Stelle Stehenden, sich bei dieser beklagenswerten Entwicklung unserer einst blühenden sächsischen Wirtschaft nicht bescheiden zu müssen, daß für die Landesregierung die Möglichkeiten, der Not zu steuern, leider begrenzt sind.

Diese Grenze liegt in der unbedingten Notwendigkeit,

die Ordnung im Staatshaus aufrechtzuerhalten.

Durch Opfer des Staates wurde in Sonderfällen verhütet, daß einzelne Betriebe geschlossen werden mußten. Solche Staatshilfe ist jedoch nur in beschränktem Umfang möglich. Wir sind der tiefsten Ueberzeugung, daß wenn nicht bald alles Mögliche geschieht, binnen kurzem ein wirtschaftliches Trümmerfeld da sein wird, wo die Arbeit von Generationen blühendes Leben erweckt hatte. Findet die sächsische Wirtschaft aber verständnisvolle Hilfe, so wird sie, dessen bin ich gewiß, zähe weiterringen um eine bessere Zukunft.

Darauf ergriff der Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium

Geheimrat Dr. Allen

Das Wort zum Hauptreferat „Sachsen braucht Arbeit“, dem er zwei Grundgedanken unterlegte, einmal, warum sich die Lage in Sachsen so besonders schwierig gestalte, und dann, was bisher geschah und wie geholfen werden könnte. Nach geschichtlich-politischen und wirtschaftsgeographischen Darlegungen über die sächsische Volkswirtschaft wies der Vortragende darauf hin, daß die für das ganze Reich gegenwärtig vorhandenen ungünstigen Wirtschaftsbedingungen sich in ihrer Auswirkung für Sachsen potenzieren. Sachsen habe drei Prozent der Fläche, acht Prozent der Bevölkerung des Reiches und dreizehn Prozent seiner Industriebevölkerung, also um 550 Prozent mehr als seine Fläche erwarten lasse. Die Produktions- und Steuerkräfte des Landes waren bisher immer noch wesentlich stärker als sein Anteil an der Einwohnerzahl des Reiches. Als besonders verheerend habe sich aber gerade in Sachsen mit seinen durchsichtigen mittleren und kleinen Betrieben erwiesen, daß als Einkommen auch nur auf dem Papier entstandene Gewinne versteuert werden müssen, die in Wahrheit Verluste seien.

Dr. Allen untersuchte im einzelnen alle Ursachen, die zusammengewirkt hatten, um die einst blühende Wirtschaft Sachsens in ihren Grundfesten zu erschüttern, und legte an Hand statistischer Zahlen den gefährlichen Zustand dar, in dem sie sich heute befinde. Die Kraft der Unternehmer drohe zu erlahmen, weil sie nicht mehr ein und aus wissen, namentlich, wenn sie deutlich sehen, wie der, der seinen Betrieb zum Bruchteil seines Wertes veräußerte und das Geld auf der Bank anlegt, welenlich sorgentreu lebt als der

Weiterarbeitende. Ganz besonders ungünstig sei die Lage der an der tschechoslowakischen Grenze gelegenen Landesteile, die noch unter ausländischem Wettbewerb zu leiden haben.

Mit einem Hinweis auf die äußerst bedrohliche Lage der sächsischen Landwirtschaft schloß der Vortragende den ersten Teil seiner Ausführungen, um dann die Frage zu beantworten, was bisher geschehen sei, um die auch für das Reich gefährliche Entwicklung aufzuhalten. Alle Maßnahmen, die bisher von den Landes- und Reichsregierungen unternommen wurden, um die nachteiligen Auswirkungen von der sächsischen Wirtschaft fernzuhalten, genügten nicht. Was noch zu tun sei, gehe aber großenteils über die Kraft Sachsens allein hinaus. Der Zweck der Tagung solle sein, vom Reich wirksamere Hilfe zu erlangen. Vor allem gelte es, Arbeit zu schaffen, wie es der

SOS-Ruf der sächsischen Industriellen

heute aller Welt verkünde.

Die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei die Erleichterung der Tribulasten sowie Verminderung der Steuern und sonstigen Lasten. Erreiche man jenes noch nicht so schnell, so dürfe man dieses doch nicht unterlassen.

Ihr Veruch, Herr Reichsanstalter, gibt uns die Zuversicht und das Vertrauen, daß Sie helfen und Sachsen die Arbeit geben werden, die unsere sächsische Wirtschaft braucht, um zu bleiben, was sie immer war: Das geliebte Herz der Wirtschaft unseres deutschen Vaterlandes.

Am Schluß seines Referates ermahnte Dr. Allen die Industriellen, daß der auf der Tagung zum Ausdruck kommende Wille der Landesbehörde und, wie er hoffe, auch der Reichsregierung, zu helfen, nicht der Ansicht sein dürfe, daß die Unternehmer in ihrer Initiative nachlassen. Möge die Sitzung dazu beitragen, den bei einzelner ins Bankrott gekommenen Gläubigern an einen Wiederaufstieg zu festigen. Was die Sächsische Regierung tun könne, werde geschehen. Auch das Reich wird nicht stürzen lassen wollen, was in Sachsen in jahrzehntelanger Arbeit mühsam aufgebaut wurde.

Nach Ministerialdirektor Dr. Allen nahm, mit großem Beifall begrüßt,

Reichsanstalter Dr. Brüning

das Wort.

Es folgten dann Spezialberichte über die wichtigsten Ursachen der Not in Sachsen. Sie wurden durch Ausführungen des als Sachkenner weitbekannten Geheimrats Dr. von Bosen von der Direktion der Girozentrale Sachsen über die „Kreditlage des Landes“ und das Problem „Sachsen-Berlin“ eingeleitet. In Berlin müsse man in mehr brüderlichem Geiste an diese Probleme herangehen. Georg Stöhr, Leiter der Firma Stöhr & Co. in Leipzig, erörterte die Ursachen der neuerlichen Ueberbildung der Industrie unter besonderer Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse. Ueber die Lohnfrage sprach Stadtrat Köhler von der Firma Julius Köhler in Limbach. Er forderte vor allem eine Senkung aller Ueberbelastungen der Wirtschaft, die auch vor den Löhnen und sozialen Abgaben nicht halt machen dürfe. Die fruchtliche Benachteiligung Sachsens durch die Reichsbahnverträge usw. legte Robert Baaner von der Firma Robert Wagner in Chemnitz dar.

In seinem Schlußwort unterstrich der Verbandsvorsitzende Wittke noch einmal den entschlossenen Willen zum Durchhalten. Leider hänge aber das Wesentliche und Entscheidende von anderen Gewalten ab. Es sei nach seiner festen Ueberzeugung möglich, die wirtschaftliche Lage Sachsens zum Besseren zu wenden. Noch gelten die Weisheit der sogenannten kapitalistischen Individualwirtschaft. Helte man ihnen wieder zur Beachtung, so würden Wirtschaft und Staat wieder gelunden. Die Massen müssen, so schloß der Redner, fast werden durch die kapitalistische Wirtschaft, nachdem sie durch sozialistische Wirtschaft klug geworden seien. Wie warnen vor denen, die den Stein der Weisen anpreisen. Mit schweren Opfern haben wir die Inflation überunden und eine neue Währung aufgebaut, die wir erhalten wollen. Wie verlangen vom Staat kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, überhaupt keine Schlagworte, sondern die endliche Beilegung all der aufgezählten Hindernisse, die unsere Arbeit erschweren.

Sachsen, das seit Jahrhunderten für Deutschland arbeitet, muß weiter arbeiten, wenn das Reich bestehen soll.

Mit Dankesworten schloß der Vorsitzende die Verammlung.